

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindruckere, Lichtdrucker, Notenstecher, Notendrucker und verwandte Berufe.

**Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Senefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.**

**Abonnement.**

Die **Graphische Presse** erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 1 Mt. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Reg.-Katalog Nr. 2572.)  
**Für die Länder des Weltpostvereins Mt. 1.25.**

**Redaktion und Expedition.**

Redaktion, Druck und Verlag: **Roswald Müller, Schindler-Platz**, wohn alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.  
**Redaktionsfrist: Dienstag.**

**Insertion.**

Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinsangehörigen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

**Der badische Fabrikinspektionsbericht 1897.**

Den Reigen der 1897er Inspektionsberichte eröffnet mit gewohnter Pünktlichkeit der badische Beamte Dr. Wörrißhofer, dessen Berichterstattung besonders in Arbeiterkreisen sehr geschätzt wurde. In der That hat es Dr. Wörrißhofer seit langem verstanden, die Wirtschaftsverhältnisse und die Bestrebungen der Arbeiterbewegung mit anderen Augen zu betrachten, als seine preussischen und sächsischen Kollegen und schon oft haben seine Auslassungen dazu dienen müssen, um die Abgeschmacktheit reaktionärer Tendenzen in gewissen leitenden Kreisen desto wirksamer zu kennzeichnen. Auch sein neuester Bericht enthält wertvolle Kundgebungen für das Koalitionsrecht der Arbeiter und manches könnte direkt an Herrn v. Posadowsky's Adresse gerichtet erscheinen, so scharf tritt es in Widerspruch zu dem allerneuesten Regierungskurs. Wenn z. B. der Bericht den Mangel an Solidariätsegefühl in manchen Arbeiterkreisen beklagt, wenn er die Organisationen der Arbeiterklasse als notwendige Kulturmittel zur Erziehung und Hebung der Arbeiter bezeichnet und jede „gewaltthätige Foklierung“ der Arbeiter als eine Störung dieses Entwicklungsprozesses verwirft, wenn er die Organisationen gegen den Vorwurf, daß sie bloß „Streikvereine“ seien, dahin verteidigt, daß jeder Kenner der Arbeiterbewegung wisse, daß die organisierte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt sei, sich mit jeder beliebigen Streik solidarisch zu erklären, wenn er den Gewerkschaften die Verteidigung der jetzigen Lebenshaltung der Arbeiter als wichtigste Aufgabe zuerkennt, so wird eine solche vorurteilsfreie Berichterstattung in Arbeiterkreisen ebensoviel Verliebtheit, als in den Kreisen der Stämmlinge Unbehagen erwecken. Interessant ist auch der Nachweis, daß im ganzen Berichtsjahre in Baden bei 173 794 Fabrikarbeitern nur 15 Verurteilungen wegen Koalitionsvergehen (§ 153) erfolgten, wahrlich eine so minimale Zahl angesichts der lebhaftesten Lohnbewegungen, daß daraus die Hinfälligkeit verschärfter Strafandrohungen sich von selbst ergibt.

Aber dieser wohlwollenden Beurteilung des badischen Fabrikinspektors erfreuen sich bloß die gewerkschaftlichen Bestrebungen; gegen die politische Arbeiterbewegung richtet er seine kritische Feder und manches bittere Urteil erfährt die sozialistische Propaganda. Wir bedauern diese Stellungnahme in einem Berichte, der zu politischen Auseinandersetzungen gar keine Veranlassung bot, umsonst, als derselbe leicht den Verdacht erwecken könnte, als sollte ein künstlicher Gegensatz zwischen den beiden Aktionen der Arbeiterbewegung konstruiert werden. Ein solches Beginnen würde der badischen Fabrikinspektion ebensowenig nützen, als den Verlempf, Brentano, Sohn und ähnlichen Gewerkschaftsfreunden. Die organisierte

Arbeiterschaft ist von der Notwendigkeit der politischen Aktion ebenso durchdrungen, wie von der Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften, und sie wird am Sozialismus festhalten, mögen noch so viele Bömmer ihr kritizierende und forzierende Tätigkeit entfalten.

Besremdlich ist uns auch der Standpunkt Dr. Wörrißhofers zur Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, der vielleicht zum nicht geringsten Teile den Aufschub dieser Reform in Baden bewirkt hat. Der badische Beamte ist dieser Reform zwar nicht grundsätzlich abgeneigt, aber er hält ihre Einführung für Baden für verfrüht, weil die Zahl der ausschließlichen Arbeiterinnenbetriebe noch zu gering sei und erst durch die Hausindustrie ein spezielles Gebiet für die Inspektion geschaffen werden müsse. Auch bezweifelt er, daß die verschiedensten und gedrücktsten Arbeiterinnen in einen direkten und lebhaften Verkehr mit der Beamtin treten würden, was als unumgängliche Voraussetzung für deren Tätigkeit zu erachten sei. Erst wenn diese Bedenken behoben seien, werde sich die Stellungnahme zu dieser Frage ändern. Uns erscheinen die Einwände zu dieser Frage nicht stichhaltig genug, um dieser wichtigen Reform gegenüber ablehnend zu verharren; wenn heute nahezu in 2000 Fabriken über 50 000 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, so ist dies für den Anfang gewiß ein genügender Wirkungskreis für eine Beamtin, die ihre Aufgabe ernst nimmt, und irrig ist die Ansicht, daß das Verkehrsbedürfnis der Arbeiterinnen schon vorhanden sein müsse, ehe eine Anstellung erfolgt. Dieser Verkehr wird sich nicht anders entwickeln, als zwischen der männlichen Arbeiterschaft und der Inspektion, und die weiblichen Beamtinnen können die Vermittlungspersonen ebensowenig entbehren, denn so lange die Aufsichtsbeamten nicht von der Arbeiterschaft direkt gewählt werden, wird immer eine Kluft zwischen beiden vorhanden sein, die die Ueberbrückung durch besondere Vertrauenspersonen bedarf. Zunächst aber haben die weiblichen Beamtinnen ihre Aufmerksamkeit auf die Betriebe zu richten und dort Einrichtungen anzuordnen und zu fördern, die dem Interesse der Arbeiterinnen entsprechen, wozu sie mit ihren weiblichen Empfinden weit besser befähigt sind, als ihre männlichen Kollegen. Wenn der badische Bericht bedauert, daß die Arbeiterinnen sich der „Vertrauensdamen“ des badischen Frauenvereins so wenig bedienten, und weiter hinzufügt: der Arbeiterschaft könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie nicht einmal versucht habe, eigene Vertrauenspersonen anzusetzen, so mag die Indifferenz der Arbeiterinnenkreise die Verzögerung dieser Aufgabe bewirkt haben, zu deren Stellungnahme übrigens die Arbeiterpressen: mehrfach aufgefordert hat. Die badische Arbeiterschaft wird wohl nun mit der Anstellung weiblicher Mitglieder der Beschwerdebekommision nicht lange auf sich warten lassen. Daß bürgerliche Vertrauens-

damen für proletarisch empfindende Arbeiterinnen nicht die rechten Richter sind, versteht sich von selbst.

Die wirtschaftliche Lage der Industrie war im Berichtsjahre eine durchweg gute, was aus der Zunahme der unter Aufsicht stehenden Betriebe und der Arbeiterschaft ersichtlich ist. Die Zahl der der Inspektion unterstellten Betriebe stieg seit 1896 von 5926 auf 6575, eine Zunahme von 649 = 10,9%. Die Zahl der Arbeiter betrug 173 794 (1896 nur 148 458), davon 122 215 männliche und 51 579 weibliche; die Zunahme beläuft sich auf 17%. Revidiert wurden 2150 Betriebe (132,2%) mit 103 309 Arbeitern (59,6%); die Beamtenschaft reicht also nicht entfernt für das minimalistische Revisionsbedürfnis aus. Die Zahl der Jugendlichen betrug in 2536 Fabriken 15 726, darunter 340 Kinder unter 14 Jahren; zugenommen haben die Jugendlichen von 14—16 Jahren um 3382 = 28,2, die Kinder um 165 = 95%. Die enorme Zunahme der Kinderziffer kennzeichnet den neu erwachenden Hunger der Industrie nach Kinderfleisch. Ein ganzliches Verbot der Kinderarbeit ist nötig, um dieser wachsenden Ausbeutung entgegenzuwirken. — Arbeiterinnen über 16 Jahre wurden in 1963 Fabriken 43 414 (gegen 42 856 im Jahre 1896) gezählt; ihre Zunahme mit nur 3,6% bleibt hinter der Vermehrung der Arbeiterzahl weit zurück, welche Erscheinung auf einen Abfluß weiblicher Arbeitskräfte in die arbeiterschulplose Klein- und Hausindustrie zurückzuführen sein dürfte. Dem entspricht auch der vielerorts beklagte Arbeiterinnenmangel, der übrigens nur insofern empfunden wurde, als nicht genug billige weibliche Arbeitskräfte zur Verfügung standen, um die Männerarbeit zu verdrängen.

Von den polygraphischen Gewerben unterstanden 153 Betriebe mit 1623 männlichen und 441 weiblichen, insgesamt 2064 Arbeitern der Aufsicht; die Zahl der jugendlichen betrug in 97 Fabriken 337 (einschl. 13 Kinder), die der Arbeiterinnen über 16 Jahre in 60 Betrieben 356. Gehen wir auf die einzelnen Berufe ein, so finden wir den Stein- und Zinkdruck mit 24 Betrieben und 560 Arbeitern (440 männliche und 120 weibliche) und den Farbendruck mit 1 Betrieb und 17 Arbeitern (6 männliche und 11 weibliche), außerdem 123 Buchdruckereien mit 2382 Arbeitern vertreten.

Im Berichtsjahre wurden 100 Jugendschulvergehen in 83 Anlagen und in 61 Arbeiterinnen-schulvergehen in 59 Anlagen ermittelt; bestraft wurden nur 11 und 7 Personen; der weitest größte Teil der Gesetzesverstöße blieb straflos, wodurch der Respekt vor dem Arbeiterschutz ebensowenig gehoben wird, als durch die geringen Geldstrafen, die die Gerichte zumest verhängen.

Die Ueberarbeitsbewilligungen für Arbeiterinnen sind gegen die Vorjahre etwas zurückgegangen; 1896 wurden 155 016, 1897 nur 134 016 Ueberstunden für 225 Betriebe und 8718

Arbeiterinnen bewilligt, woran die Polygraphie mit 1 Betrieb, 7 Arbeiterinnen und 318 Ueberstunden beteiligt ist. Für Ueberarbeit an Sonntagen erhellten außerdem 23 Betriebe für 72 Arbeiterinnen den erbetenen Nachlaß. Die meiste Ueberarbeit kam der Pforzheimer Wajouterieindustrie zu gute.

Zahlreiche Klagen lehren alljährlich über das Verhältnissen wieder, diesmal besonders aus der Zigarettenindustrie, wo die Unternehmer vielfach Scheinverträge mit langer Lehrfrist und hohen Konventionalstrafen abschließen und die folgermaßen gebundenen „Lehrlinge“ durch einseitige Ausbeutung, schlechte Behandlung u. zum Vertragsbruch provozieren, um darnach die Konventionalstrafe einstreichen zu können. Vetter findet dieses Unwesen an der Nachspröcherung der Gemeindegerrichte noch Unterstützung.

Die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte zu ungeeigneten Beschäftigungen nimmt fortwährend zu, so z. B. in Metallwarenfabriken u., weil die diesen Kräfte gezahlten niedrigen Arbeitslöhne dem Unternehmertum einen erhöhten Profit verschaffen.

Interessante Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 und später auf 9 Stunden wurden in der Lang'schen Maschinenfabrik zu Mannheim gemacht, insofern die Leistungen der Arbeiter die gleichen blieben. Der Unternehmer ist selbstredend von diesem Resultat höchlich befriedigt, weil dabei die Kosten der Reform gänzlich auf die Arbeiter abgewälzt und mit den Ersparnissen an Betriebskraft und sonstige Speise noch ein gutes Geschäft gemacht werden konnte. Der Bericht giebt selbst zu: „Bei der Befestigung der Anlage fällt die intensive und mit angepanntester Aufmerksamkeit verrichtete Thätigkeit der Arbeiter auf“, daß eine solche Abraderel auch die Unfallfrequenz nicht unbeflüsselt läßt, ist leicht zu erraten. Unter diesen Umständen interessieren sich immer mehr Unternehmer für die Verkürzung der Arbeitszeit, worüber der Bericht noch eine Reihe von Beispielen anführt. Andererseits kommen noch geradezu barbarische Zustände mit 18—36 stündigen Arbeitsschichten in Getreidemühlen vor, ohne daß die Inspektion gefühlige Handhaben hätte, dagegen einzuschreiten. Die Sonntagsruhevorschriften werden erfahrungsgemäß am häufigsten in denjenigen Betrieben übertreten, denen das Gesetz ohnehin die weitgehendsten Ausnahmen zugesprochen hat, — ein Beweis, wie richtig wir von jeher die Wirkung der Sonntagsruheausnahmen abgeschätzt haben. Aber selbst in städtischen Was-, Wasser- und Elektrizitätswerken sieht es hinsichtlich der Sonntagsruhe der Arbeiter noch übel aus, was zum Teil auf die Gleichgültigkeit der daselbst beschäftigten Arbeiter zurückzuführen ist. Von ihnen gilt ebenjogut, was der Bericht über die in ununterbrochenen Nacht- und Sonntagsbetrieben beschäftigten Arbeiter sagt: sie seien durch die Gleichgültigkeit ihres Lebens, durch die Anstrengungen der Nachtarbeit und den Mangel genügender Sonntagsruhe so stumpf geworden, daß sie überhaupt nicht leicht irgendwelche Forderungen erheben.

Das Berichtsjahr war für die Industrie eines der fetten Jahre, das den Unternehmern exzellente Gewinne in den Schoß warf; das verbeutlicht sowohl die Zunahme der Betriebe und Arbeiterzahlen, als auch die Häufigkeit der Einlage von Ueberarbeit und eine Reihe anderer Anzeichen. Den Arbeitern aber hat dieser Aufschwung fast nur Enttäuschungen bereitet, denn selbst die Mehrinstellung von Arbeitern vermochte die Reservearmee nicht zu erschöpfen und besonders ungelernete Kräfte waren stets mehr als nötig vorhanden. Unter diesem Drucke sind auch die Löhne fast überall die gleichen geblieben, — ja, sie sind sogar dort, wo keine Arbeiterorganisationen vorhanden waren, teilweise reduziert worden. Der Bericht bemerkt, daß die Arbeiter deshalb auch über geringe Löhne, mit denen auch eine notwendige Existenz nicht zu bestreiten sei, klagten und sich hinsichtlich der Zukunft recht hoffnungslos aussprachen.

Wünsche um Verbesserungen würden unter Hinweis darauf, daß man gehen könne, wenn es einem nicht gefalle und daß genügend Arbeiter vorhanden seien, abgewiesen.“ Dazu kam die Verteuerung der Lebensmittel- und Mietpreise, welche bewirkten, daß das Blöthen etwa durch Ueberstunden erzielte Mehrverdienst in

die Taschen der Agrarier und Hausbesitzer sowie der übrigen Parasiten der Arbeiterbevölkerung verschwand. Nur in einigen Industriefabriken vermochten manche Arbeitergruppen im Wege des Lohnkampfes Verbesserungen zu erzielen. Kein Wunder, daß ein aufmerksamer Beobachter der Arbeiterlage, wie Dr. Wörrischofer, schließlich zu einer Verteilung der Gewerkschaftsorganisationen gelangen muß, wenn sich der Unterschied zwischen den aufwärtssteigenden Verhältnissen gut organisierter Berufe und der gedrückten Lage der indifferenten Arbeiterschichten so sinnfällig zeigt. Wögen die Gleichgiltigen daraus lernen und das Veräurteilt halbwegs nachholen, sonst dürften sich ihre trüben Ahnungen mit Eintritt des wirtschaftlichen Niederganges nur zu sehr verwirklichen.

Noch ein anderes kennzeichnet das Jahr des industriellen Aufschwungs. — die erschreckende Steigerung der Unfallfrequenz seit 1896 von 2650 auf 3193 oder um 20% eine Zunahme, die die der Arbeiterziffer relativ weit hinter sich zurück läßt und die keineswegs durch eine häufigere Melddung auch der kleinsten Unfälle entschuldigt werden kann. Der Bericht hält sich denn bei dieser stereotypen Erklärung nicht lange auf, sondern untersucht noch andere mögliche Unfallursachen und kommt u. a. auf die „verwerfliche Gepflogenheit der Unternehmer“, ungeeignete und ungeübte Personen auf gefährliche Posten zu stellen. Trostlos ist dagegen die nachfolgende Erklärung, daß die Abstellung dieser Gepflogenheit eine so durchgreifende Ueberwachung der Anlagen im Sinne der Unfallverhütung voraussetze, daß die Fabrikinspektion dieser Aufgabe bei dem Umfange ihres Wirkungskreises nicht gewachsen sei. „Vielleicht aber würden die Berufsgenossenschaften und ihre Beauftragten, die ausschließlich mit der Unfallverhütung befaßt sind, hier ein dankbares Feld für eine ergreifende Thätigkeit finden.“

Dieser letzte Trost ist freilich recht fragwürdigen Wertes, denn was ist den allen möglichen Lebens- und Gesundheitsgefahren ausgegesetzten Arbeitern damit gebietet, wenn die staatliche Inspektion in ein und demselben Attem ihre Unzulänglichkeit erklärt und gleichzeitig auf die Organe der selbstben Unternehmerr verweist, deren „verwerfliche Gepflogenheiten“ diese Gefahren ja erst in stetig wachsendem Maße herausbeschworen haben. Ein schlimmeres Armutsgzeugnis konnte der Inspektion von ihrem verdienstvollen Vetter garnicht ausgestellt werden.

Auf die im Berichtsjahre durchgeführten Erhebungen über die übermäßige Arbeitsdauer und die daraus resultierenden Gesundheitschädigungen in einzelnen Berufen, die die Frage des sanitären Maximalarbeitsstages fördern sollen, kommen wir in einer allgemeinen Darstellung, die sich auch über die in anderen Einzelstaaten gemachten Erfahrungen erstreckt, zurück.

### Eine wichtige Frage.

Eine der wichtigsten ökonomischen und sozialpolitischen Streitfragen, welche aus dem Interessengegenjaß und -Kampf zwischen Kapital und Arbeit resultieren, ist die nach dem Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung. Diese Frage ist nicht neu, es würde ein großer Irrtum sein, anzunehmen, sie sei erst mit der modernen Arbeiterbewegung entstanden. Will man der historischen Wahrheit Rechnung tragen, so muß man sagen, daß es dieser Bewegung lediglich gegeben war, sie zu einer aktuellen Frage zu gestalten, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden kann und wird, so lange es einen Interessengegenjaß zwischen Kapital und Arbeit giebt. Man beachte wohl, daß sie ihren Grund lediglich in diesem Interessengegenjaß hat und ihre endgültige Lösung nur durch Beseitigung desselben finden kann.

Das Grundprinzip der bestehenden und wirtschaftlichen Ordnung ist noch genau daselbe, auf welchem die früheren Gesellschaftsorganisationen basierten waren: Ausbeutung der arbeitenden Volkstufen durch die privilegierte Besitzermacht und zu deren Gunsten. Zwar ist seit einem Jahrhundert die „absolute Gleichheit vor dem Gesetz“ zur prinzipiellen Basis der Organisation aller zivilisierten Nationen geworden. Aber dieser Anerkennung des Prinzips steht die Unfruchtbarkeit desselben im praktischen Leben gegenüber. „Die absolute Gleichheit vor dem Gesetz“ geht Hand in Hand mit einer Ausbeutung der arbeitenden Klassen, die sich in wirtschaftlicher Beziehung nur der Form, nicht dem Wesen nach von der antiken Sklaverei oder von der mittelalterlichen Hörigkeit unterscheidet. Die Arbeit befindet sich faktisch immer noch in Sklaverei; sie wird durch die über alle Produktionsmittel verfügende Besitzermacht unter beständiger Spekulation auf den Hunger gezwungen, sich ausbeuten zu lassen. Und dieser Ausbeutungsprozess vollzieht sich

nach Maßgabe von Arbeitslohn und Arbeitszeit. Für den Kapitalismus ist die entscheidende Frage immer die: wie sind aus der Lohnarbeit die möglichst höchsten Unternehmerr-Profitte möglichst billig und schnell zu erzielen?

Als die kapitalistische Produktionsweise sich (im 17. Jahrhundert) zu entwickeln begann, trat sofort deutlich zu Tage, daß sie die Armut der Arbeitenden zur grundlegenden Voraussetzung nahm. Karl Marx giebt in seinem Kapitel eine lebendige Schilderung davon, wie die Not des Armen der erste Grund ist, weshalb der Reiche sich seine Arbeitskraft aneignen und seine Kräfte ausbeuten kann. Dieser Prozess, die Entwicklung der kapitalistischen Großproduktion, vollzog sich bekanntlich am frühesten in England. Es kann deshalb nicht überraschen, daß die dortigen ökonomischen Schriftsteller am Ende des 17. und im 18. Jahrhunderts mit höchstem Nachdruck die Auffassung vertraten, daß hoher Lohn gleichbedeutend sei mit geringer Arbeitsleistung. Man forderte geradezu Verabreichung des Lohnes, um „den Fiehl zu steuern“, oder, was auf dasselbe herauskommt, Verteuerung der Lebensmittel und Erhöhung der Steuern. Es galt als Axiom, daß ja allerdings zu allen Zeiten seine „Rechtfertigung“ gefunden hat durch das Verhalten solcher Gesellschaftsmitglieder, die aus ihrem sie zu jedem Zweck befähigenden Besitz für sich das Recht auf Faulheit ableiteten.

Im Jahre 1696 schrieb John Belkers: „Die Arbeiter müssen Leute reich machen. Die Arbeit des Armen ist die Wirt des Reichen.“

Bertrand de Mandeville schrieb im Anfang des 18. Jahrhunderts:

„Es ist leichter, ohne Geld zu leben, als ohne Arme, denn wer würde die Arbeit thun? Die Arbeiter sind allerdings vor Auswanderung zu bewahren, aber sie sollen nichts erhalten, was der Ersparens wert ist. Das einzige Ding, was den arbeitenden Mann feig machen kann, ist ein mäßiger Arbeitslohn, — ein zu großer macht ihn indolent und faul. Wo Sklaven nicht erlaubt sind, besteht der sicherste Reichtum aus einer Menge arbeitsloser Armen.“

Dieselben Ansichten äußerten 1751 Sir Josiah Child, er beschuldigt die Arbeiter, „daß sie in blühigen Zeiten nicht mehr als zwei Tage in der Woche arbeiten wollen.“

Um dieselbe Zeit schrieb Tucker:

„Die Arbeiter sind so schlecht wie möglich; sie werden um so lastiger, fauler und bedürftiger, je mehr die Löhne steigen und je billiger die Lebensmittel werden.“

Der Erste, welcher dieser kulturwidrigen Auffassung entgegentrat, war der Franzose Mearie, Steuerinspektor in St. Etienne. Derselbe veröffentlichte im Jahre 1766 Untersuchungen über die Bevölkerungsfrage, ein von großem Wissen und Scharfsinn zeugendes Werk.

Es heißt darin:

„Wem mag es unter dem Volke Handwerker und Tagelöhner geben, die von Natur gleichgültig und träge, durch nichts, außer durch die äußerste Not, zur Arbeit angepornt werden und die in Jahren des Lebenslufes, wenn sie ihres Lebensunterhaltes sicher sind, Tage oder Wochen lang müßig gehen; allem es fehlt viel, daß dies das allgemeine Verhalten des Volkes wäre, die Handwerker, Tagelöhner u. arbeiten nicht bloß, um sich die unentbehrlichen Lebensmittel zu verdienen, sie wollen außerdem sich, ihre Frauen und Kinder kleiden und sich die kleinen Annehmlichkeiten verschaffen, die ihre Mittel erlauben.“ Wärrate weiß dann, gestützt auf Thatfachen, nach, daß die Armut der Arbeiter unzmöglich im Interesse des Handels und der Industrie liegen könne, denn beide können nicht gedeihen, wenn die Massen des arbeitenden Volkes konsumunfähig sind. „Die Reichen sind selbst dabei interessiert... Steigerung der Löhne bewirkt den Fortschritt der Industrie und bringt die Arbeiter der Gleichheit in der Verteilung der Glücksgüter näher, welche alle modernen Philosophen wünschen.“

Scharfer ausgeprägt und nicht nur physiologisch und phyhiologisch, sondern auch aus der Erfahrung begründet, findet sich diese Lehre dann bei Adam Smith, in seinem 1776 erschienenen Werke über den Nationalreichtum (8. Kapitel I. Buch). Smith führt, den selbstergötlichen Bedräng geradezu umkehrend, aus:

„Hoher Lohn ist sowohl wie große Arbeitsleistung. Er leitet diese Ausprägungen ein mit einer Bemerkung, die gewisse heutige Moralprediger, welche nicht genug jammern können über die „Verderbnis unserer Tage“ sich merken können. Es sei „eine allgemeine Klage, daß der Luxus selbst in die allerärmsten Klassen des Volkes eindringt, und daß die Arbeiter jetzt nicht mehr mit derselben Nahrung, Kleidung und Wohnung zufrieden sein wollen.“

Smith weist diese ab, von der Selbsthüt der Interessierten distinkte Klage entschieden zurück, indem er sagt:

„Hoher Arbeitslohn ist das Reizmittel des Fleißes; reichliche Nahrung vermehrt die körperliche Stärke des Arbeiters, und die tröstliche Hoffnung, seine Lage zu verbessern und seine Tage vielleicht in Behagen zu beschließen, bewegt ihn, seine Stärke aufs Äußerste zu beschöpfen. Allenfalls, wo der Lohn hoch ist, sehen wir, daß die Arbeiter feig, feig, anfeigler sind als da, wo er niedriger ist. Allerdings giebt es Arbeiter, welche drei Tage in der Woche faulenzern, wenn sie in den übrigen vier so viel verdienen, um leben zu können. Doch ist dies nur ausnahmsweise der Fall. Im Gegenteil: Arbeiter, die nach dem Glück gelohnt worden, überarbeiten sich leicht bis zum Ruin ihrer Gesundheit. Häufig ist die außerordentliche Anstrengung während der Tage die wahre Ursache des Faulenzerns an den übrigen dreien, über welche so oft und laut geklagt wird.“

Adam Smith hatte also — bereits vor mehr als hundert Jahren — eine der schärfsten Seiten des Akkordarbeits-System klar erkannt. Den Arbeitgebern

hält er energisch die Kürzlichkeit vor, ihre Arbeiter zu "Karf anzureiben."

Auch Benjamin Franklin betont in seinen Schriften, daß niedriger Lohn keineswegs so viel sei wie billige Arbeit, oder umgekehrt.

Arthur Young schrieb in seinen „Reisen durch Frankreich“ 1793: „Nicht der wohlste Preis der Arbeit begünstigt die Manufakturen, indem diese da am meisten blühen, wo der eigentliche Handlohn am teuersten ist. Die Güte der Arbeit, die Geschicklichkeit und Gewandtheit kommt dabei sehr in Betracht, und diese muß, im Ganzen betrachtet, viel von den guten Umständen des Arbeiters abhängen. Ist er gut genährt und gekleidet und wird seine Lebensbeschaffenheit lebhaft und thätig erhalten, so wird er seine Arbeit ohne Vergleich besser verrichten, als ein Mann, der sich aus Armut mit einer kümmerlichen Nahrung behelfen muß.“

Von hohem Interesse ist, daß in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts die Auffassung von Adam Smith von zwei englischen Nationalökonomern vertreten wurde, welche als geradezu kanonische Theoretiker der Unternehmer-Interessen bekannt sind, von McCulloch und Senior. Der erstere betrittet entschieden, daß hohe Löhne allgemeine Trägheit und Verschwendung zur Folge hätten. Diese Annahme sei nur für Einzelne unablässiger und sorgfältiger Anstrengung ist.“

Senior, der Erfinder der kapitalistisch-ökonomischen Präze vom „Entbehrungslohn“ und wütender Gegner der Fabrikgesetzgebung muß doch zugeben, daß gerade hoher Lohn identisch sei mit billiger Arbeit.

Von deutschen Nationalökonomern, welche den Standpunkt Adam Smiths vertreten, nennen wir J. G. Hofmann, den Vater der preussischen Statistik, Moscher, und von den neueren besonders Lujo Brentano und Schulze-Gäbernitz.

Bretano bekämpfte im Jahre 1875 die am 26. Januar desselben Jahres vom damaligen preussischen Finanzminister Camphausen im Reichstage ausgegebene Parole: Kürzung der Löhne zwecks Hebung der Industrie. Nicht minder unvernünftig und ungerecht wie in der Frage des Arbeitslohnes verfuhr und verfährt noch das Unternehmertum und seine Goldschreiberlippe in der Frage der Arbeitszeit. Möglichst niedriger Lohn, möglichst lange Arbeitszeit! Wie der Lohnherhöhung, so widersetzte sich das Unternehmertum stets auch der Arbeitszeitverkürzung, indem es geltend machte, sonst „nicht konkurrenzfähig“ bleiben zu können. Das war der Einwand, den die englischen Unternehmer gegen die geltend gemachte Festsatzung der Arbeitszeit in den Fabriken geltend gemacht haben und diesen selben Einwand vornehmen wir heute noch, besonders bei uns in Deutschland.

Ja, hier geht die Dummheit und tendenziöse Unerschämtheit der Masse des Unternehmertums und seiner Rechtskolen so weit, das Vermögen der aufgeklärten Arbeiterklasse, den gesetzlichen, bzw. international zu verbindenden achtstündigen Arbeitstag herbeizuführen, als „revolutionäre Umtriebe“ zum Zwecke des „Sturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung“ zu bezeichnen.

Aber auch nach dieser Seite hin kann die „Logik“ des Unternehmer-Interesses gegenüber der Erfahrung, den Thatsachen, nicht Stand halten. An dem Verdienst, nachgewiesen zu haben, daß das Verhältnis der Arbeitszeit genau so wie das der Lohnhöhe zur Arbeitsleistung

ist, daß also Arbeitszeitverkürzung nicht Schwächung der Produktivität des Arbeiters, sondern Stärkung derselben bedeutet, gebührt Brentano ein hervorragender Teil. Er hat eine sich mit dieser Frage beschäftigende Schrift erscheinen lassen, in welcher er an der Hand unabweisbarer Thatsachen darlegt, daß die Kürzung des Arbeitstages geradezu zu einer Steigerung der Produktion führt. „Man hat überall beobachtet, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten, als die Arbeiter derjenigen mit mehr Arbeitsstunden.“ Von den vielen Belegen hierfür einige wenige:

Die englischen Arbeiter mit kürzerer Arbeitszeit pflegen über das Arbeiten der französischen zu spotten, indem sie es Spiel nennen. Und wieder kritisieren die französischen Arbeiter die deutschen sehr abfällig wegen ihrer Langsamkeit. Von den Züandern, die als Arbeiter nach England oder Amerika kommen, ist es bekannt, daß sie in der Regel nach einigen Wochen zusammenbrechen, trotzdem sie an einen weit längeren Arbeitstag gewöhnt sind; erst nachdem sie zur englischen Lebenshaltung aufgefüttert worden, sind sie im Stande, die Leistungen der englischen Arbeiter zu erreichen. Die kompetentesten Beurteiler, darunter Unternehmer und Ingenieure, führen die größere Leistungsfähigkeit des Arbeiters auf die geringere Arbeitszeit zurück.

Braffel, einer der größten Unternehmer und Arbeitgeber der Welt, der in allen Ländern der Welt Eisenbahnen gebaut und dabei hinsichtlich Belegenheit gehabt hat, die Arbeiter aller Nationen zu vergleichen, konstatiert: daß innerhalb derselben Nation Arbeiter mit regelmäßig kürzerem Arbeitstag die regelmäßig länger Arbeitenden übertreffen.

Donald berichtet als Ergebnis der Einführung des Achtstundentages in verschiedenen Gewerben des Staates New-York eine ausnahmslose Steigerung der Leistungen.

In Australien begann die Achtstundebewegung 1858 im Baugebiete in Melbourne. „Sie wurde, — sagt Stephan Bauer in Konrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, dritte Folge, II, S. 648 — durch einen Unternehmer, Mr. James Stephen, lebhaft gefördert, welcher nach den in seinen Begleiten angestellten Versuchen erlöst, seine Leute leisteten in acht Stunden so viel Arbeit, wie in zehn.“ Von da ab erstreckte sich der Achtstundentag bis zum Jahre 1891 auf 80 Gewerbe, b. h. auf mehr als drei Viertel der Arbeiterbevölkerung Australiens ohne jede Schwächung der Industrie.

Und nichts anderes lehren die europäischen Erfahrungen.

Mit immer größerer Energie verlangen heute die Arbeiter Verkürzung der Arbeitszeit, den Achtstundentag als zunächst anzustrebendes und erreichbares Ziel. Nur der niedere Unternehmergeizismus in Verbindung mit brutaler Unvernunft und der Furcht vor der Arbeiterbewegung vermag diesem Verlangen Widerstand zu bereiten. Weisheit besteht die Furcht das Weisse zu solchem Wiederstande.

Das herrschende Sonderinteresse sieht in der Verkürzung des Achtstundentages eine Konzeption an das revolutionäre Prinzip. Nicht mit Unrecht. Denn das ist klar, daß jede Verbesserung der Arbeiterlage diesem Prinzip neue Nahrung giebt und somit zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsförderung beiträgt. Aber das revolutionäre Prinzip ist stark genug, sich, allem Widerstande zum Trotz jene Konzeption zu erkämpfen.

„Grundstein.“

Im internationalen Kongress in Bern.

Soviel über obige Frage schon geschrieben, soviel Unkenntnis herrscht auch noch darüber, so daß es sicher notwendig ist, nach Mitteln zu sinnen, wie eine Klärung der Sache möglich ist. Gewiß wird man mit Recht geben müssen, daß die Frage der internationalen Verbindung in den meisten Städten entweder garricht oder nur mangelhaft besprochen wurde. Ja, aber warum nur mangelhaft? — Weil in den meisten Städten viel Unkenntnis darüber vorherrschte. Wohl haben einzelne Städte ihre Meinung zum Teil geäußert, doch bestand diese meist nur darin, daß Kandidaten vorgeschlagen wurden; welche Stellung aber die etwaigen Delegierten zum internationalen Kongress einzunehmen haben, darüber wurde nur ganz wenig gesprochen, ja noch weniger auch über die auszubringenden Mittel zur vorgeschlagenen Widerstandskasse — kurz, die wichtigsten Fragen zum intern. Kongress wurden fast garricht berührt. Unbedingt muß aber den Delegierten zum Kongress eine sichere Grundlage geboten werden, wonach diese ihre Stimmen abgeben können. Lassen wir die Delegierten ohne bestimmte Grundlagen, so werden diese in Bern nur passiv ihre Stimme abgeben können, weil die Kollegen sich zu wenig äußerten. Geben wir aber den Delegierten schon vor dem Kongress einen bestimmten Rükdenhalt, so wird dieses fördernd für die Sache sein und die verausgabten Delegiertenkosten werden doppelt nützlich sein.

Nach dem oben Angeführten halte ich eine gründliche Aussprache für nötig und zu einer solchen bietet im Anschluß an die Generalversammlung des Vereines der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen in Frankfurt a. M. die beste Gelegenheit. Ohne besonderen Kostenaufwand könnte nach dieser Generalversammlung einige Stunden lang ein Kongress zur Vorbereitung für den internationalen Kongress stattfinden. Alle Delegierte der Generalversammlung könnten gleichzeitig in öffentlichen Versammlungen für diesen Vorbereitungskongress gemüßt werden. Einige Stunden Beratung würde sicherlich eine bedeutende Klärung herbeiführen, zumal dann die Delegierten in der Heimat für Durchführung der Beschlüsse eintreten werden. Um eine richtige Klärung zu schaffen, halte ich vorläufig folgende Tagesordnung als zur Besprechung für geeignet:

- 1. Bericht über den Londoner Kongress;
2. Der internationale Kongress in Bern;
a) unsere Stellungnahme zu demselben,
b) die internationale Widerstandskasse und die event. Aufbringung der Mittel.

Inbem in Vorliegendem ein Weg gezeigt ist, welcher eine eingehende Klärung der internationalen Frage möglich macht, hoffe ich, daß sich weitere Stimmen dazu äußern werden.

Korrespondenzen.

Bern. Klätung! Die Firma Müller & Trüb, lithogr. Kunstanstalt in Aarau, sucht gegenwärtig sachverständiges Personal. Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß die Sperre über obige Firma seit langem aufgehoben ist und der Konditionsannahme dorthin für einen organisierten Kollegen nichts im Wege steht.

Der Zentral-Vorstand des schweiz. Lithographenbundes, Christiania. Wegen ausgedehnter Differenzen bei der Firma Wihl. Scheel & Co. ist der Bezug dahin strengstens fernzuhalten. — Zu bemerken ist noch, daß für die graph. Fächer die Verhältnisse in Christiania sehr ungünstig liegen. L. K., K. K., A. B.

Chirurgische Selbsthilfe.

(Schluß.)

Ein mir befreundeter Fabrikbesitzer hat bei einem, dem einen seiner Arbeiter passierten Unglücksfall die kleinen Fiesch- und Hautteile, die durch die Kammeräder aus der Wunde gerissen waren, von dieser abgeschnitten und sie darauf in oben angegebener Weise behandelt. Diese Behandlung hat die aus- oder abgeschnittenen Teile wieder hergestellt, so daß weder durch Form noch Farbe die frühere Wundstelle zu erkennen ist. Auch hier fand Heilung in sechs Tagen statt.

2. Behandlung bei Quetschung. Ist es Fuß oder Unterarm, der die Quetschung erlitten hat, so bringt man den leidenden Teil unter Glycerin, indem man ihn in den mit dieser Flüssigkeit angefüllten, emaillierten, rein gehaltenen Nübel hält, so lange bis Blutung und Schmerz aufhören. Bei einer diesseitig so behandelten sehr starken Quetschung des Fußes dauerte dies 15 Minuten. Der Aufguß von Kollodiumglycerin unterbleibt, weil die Epidermis (Oberhaut) nicht zerissen war. Der Verletzte setzte am andern Tage seine Arbeit unbehindert fort, ohne daß derselben Eiterbildung oder Schmerzgefühl gestört hätten.

Wird die Epidermis bei der Quetschung mit verletzt, dann allerdings muß die Kollodiumglycerinmischung nach dem Wade in derselben Weise aufgetragen werden, wie dieses unter 1 angegeben ist. Auch bei einer Verletzung des Kunsthäutgens muß dieses unverweilt durch nochmaligen Nachguß luftabstießend gemacht werden.

Wenn die Schnittwunde oder Quetschung über Gelenke läuft, so muß dem Patienten beim Gebrauch derselben die starke Durchbiegung streng unterjagt werden, weil beim Bruch des Kunsthäutgens der Fäulnischmaroger leicht in die Wunde eintreten kann und dann der kalte Brand die unmittelbare Folge ist. Mann kann die Durchbiegung am einfachsten durch Unterbindung einer Stiefe, eines Stüdes gefalteter starker Papper, verhindern.

3. Behandlung der Verbrennungswunde. Die Anwendung des Kollodiums ohne Zumischung von Glycerin bei Brandwunden ist eine schon lang bekannte. Da jedoch das Kollodium bei dem Aufguß rasch verdampft und daher eine absolut luftdichte, elastische Kunsthaut nicht zu erzeugen im stande ist, so ist der Erfolg kein so rascher und so sicherer, wie bei der Anwendung seiner Verbindung mit Glycerin. Die letztere stellt die Brandwunde gleich nach dem Aufguß auf dieselbe trocken und macht sie augenblicklich schmerzlos, sogar die durch Phosphor veranlaßte Verbrennungswunde, die bekanntlich äußerst schmerzhaft ist und zu den gefährlichsten Wunden gehört. Nach dem Aufguß auf die Brandwunde hat man wie bei 2. seine stete Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß das Kunsthäutgens bei einem Bruche desselben sogleich an der gedrohenen Stelle wieder luftdicht hergestellt werde.

4. Heilung des kalten Brandes am äußeren Körper. Derselbe kündigt sich damit an, daß die Wundstelle zu schmerzen anfängt und die Epidermis in der Nähe der Wunden andere Farben anzunehmen beginnt. Nerven und Muskeln, die mit der wunden Stelle in entfernter Verbindung stehen, fangen an, durch Reflex zu schmerzen. Er ent-

sieht durch den Eintritt der Fäulnisbakterie in die dem Zutritt der Luft geöffneten Wunde. — Ein einziges Exemplar dieser Bakterie vermehrt sich durch einfache Teilung innerhalb 24 Stunden bis zur Zahl von 16777216 Individuen, sie ist zu allen Zeiten und überall auf der Erde in der Atmosphäre enthalten und aktionsfähig.

In der Temperatur unter 10 Grad C. wird sie aber vernichtet. Auf dieser seiner Eigenschaft beruht die rationelle Füllung des Brandes am äußeren Körper.

Man hält die brandige Stelle nämlich unter Eis oder Wasser, das höchstens 6 Grad C. hat. So ist mir ein Fall bekannt, daß selbst der Brand, der in einer Phosphorverbrennungswunde aufgetreten war, sehr rasch geheilt wurde. Die Hand, die verwundet war, wurde öfters in kleinen Zellunterbrechungen so lange in kaltes Wasser gehalten, bis sich die Kälte darin fast zur Unertügllichkeit gesteigert hatte.

Man wird bei Anwendung dieser Wundheilungsmethode freudig konstatieren, daß der Patient aller Peinigung überhoben ist und rasch geheilt wird und daß sie doch auf jeden Fall dazu angethan ist, momentane Hilfe zu gewähren, und zwar selbst dem Schwerverletzten, bis der Arzt die Behandlung des Betreffenden übernimmt und seine Anordnungen trifft, die oft keine anderen sein können, als die von mir angegebenen.

**Normen.** Wenn man den Situationsbericht des rheinisch-westfälischen Agitationskomitees über die Verhältnisse am Orte in Nr. 8 der „Gr. Pr.“ liest, in welchem in keiner Weise Namen genannt wurden und die Erwähnung des Herrn Carl Webbingen in Nr. 10 der „Gr. Pr.“ betrachtet, so wird man unwillkürlich an das geflügelte Wort erinnert: „Wem der Schuh paßt, der zieht ihn sich an.“ Doch auf diese Erwähnung bereits von anderer Seite geantwortet wurde, registrierten wir lediglich als Tatsache, daß auch von anderer Seite das System der Ankreibebücher und der Gewinnbeteiligung durchschaut worden ist. Wenn man nun die Erwähnung des Herrn Webbingen genauer ansieht, so findet man sofort heraus, daß sie nicht etwa eine Widerlegung, sondern lediglich die Bestätigung der von uns angeführten Thatsachen enthält. Unsere Schlüsse, die wir aus dem System der Gewinnbeteiligung und der Arbeitsscheine gezogen haben, mögen Herrn Webbingen wohl deshalb nicht gefallen, weil er sich in seinen Plänen ertappt sieht. Er schreibt: Die Gewinnbeteiligung soll nun aber durchaus keine Wohlthätigkeit sein, gerade als ob es uns eingefallen wäre, so etwas zu behaupten. Wir sagten im Gegenteil, daß es eine Schmelzmöglichkeit sei, nur Mittel zum Zweck, die Arbeiter durch das samojse Ankreibe-System auszuheben zu können. Herr W. giebt selbst zu, daß die Arbeiter nur an dem Gewinn beteiligt sind, den sie durch erhöhten Fleiß u. mehr verdient haben. Daburdh ist schon erwiesen, daß die Arbeiter übernormal ausgenutzt werden. Ober sich Ihre Arbeiter, Herr W., vor Einführung der Gewinnbeteiligung saule Subjekte gewesen? In gutes Deutsch überlegt lautet ein derartiges Verfahren für den Unternehmer: Die Gewinnbeteiligung sieht schon aus, soiet aber nicht, im Gegenteil springt für mich noch ein erhöhter Profit heraus. Warum wird denn dem Vorgehen der Arbeiter, wie Oberdrucker, Oberstiftographen u. ein höherer Gewinnanteil zugedacht wie den anderen? Doch nur zu dem Zweck, daß diese mehr Interesse daran haben sollen, die Leute anzutreiben. Warum ferner die Klagen, daß nicht genug fertig wird, wo die Arbeiter sich bemüht sind, daß sie nicht mehr leisten können? Bloß ein Beispiel: Ein Maschinenmeister richtet fast ausschließlich nur große Aufträge ein, der andere muß in der Woche durchschnittlich 5-6 Mal so viel Steine einrichten, beide schreiben natürlich ihre fertigestellte Druckzahl ins Arbeitsbuch. Da wird dem einen, der mit aller Anstrengung dem andern an Druckzahl nicht bekommen kann, trotzdem häufig bedeutet, daß es so nicht mehr gehen kann, der andere made ja so und so viel Druck mehr. Dabet ist Herr W. fradmann. Derartige Klagen auch Umbruder und andere Angestellte sehr häufig zu hören. Da sollte man doch glauben, daß man berechtigt wäre, von Anrechnung der Arbeiter zu sprechen. Steht ein derartiges Verfahren nicht aus als wenn hier der Wille vorliegt, die Arbeitskraft bis zur höchsten Potenz auszunutzen, mit dem Hinneis auf den Köder: Ihr habt ja alle Augen davon. Zu dem Satz des Herrn W.: Ein Bild in manchem Arbeitsbuch würde beweisen u., wollen wir nichts bemerken, sondern überlassen es jedem einzelnen seiner Arbeiter hierüber nachzudenken. Da spricht man noch von „gegenseitiger Achtung“, von gegenseitigem Mißtrauen können unter diesen Umständen beide Teile ein Plebschen singen. Daß ein derartiges System der Ehre und Würde eines Arbeiters unüberläßt, braucht nach vorstehendem nicht noch näher beleuchtet zu werden. Die Meinung des Herrn W., daß nur solche, die nicht können resp. leisten, Ursache haben, sich über die Mäher zu beschweren, steht im direkten Gegensatz dazu, daß wir noch keinen seiner Angestellten in anderem als in abfälliger Sinne über die Ankreibebücher haben reden hören, selbst solche nicht, die er als seine „zuverlässigen“ Leute bezeichnet. Der Hinneis auf die Kalkulation ist so hinfällig, daß wir es nicht für nötig halten, darauf einzugehen. (Siehe den Artikel in voriger Nummer.) — Als Achtung davor, daß Herr W. der erste war, welcher verkürzte Arbeitszeit einführte, aber daß er dadurch seinen Konkurrenten gegenüber so sehr im Nachteil sei, erlauben wir uns füglich zu bemerken. Es ist von den organisierten Arbeitern sehr häufig statistisch bewiesen worden, daß verkürzte Arbeitszeit nicht etwa die Leistungsfähigkeit der Arbeiter herabsetzt, sondern erhöht. Und wenn Herr W. die Freundlichkeit haben wollte, uns seine Einnahmen pro 1896 bei länger und pro 1897 bei verkürzter Arbeitszeit vorzulegen, so sind wir überzeugt, daß auch hier der statistische Beweis geliefert würde, daß bei verkürzter Arbeitszeit mehr geleistet wurde, wie bei längerer Arbeitszeit. Nichts desto weniger werden wir, sobald uns die Zeit geeignet erscheint, diese Ungleichheiten zu befeitigen suchen. Wir hoffen dann, daß die vielen Arbeitgeber, die mit unseren berechtigten Forderungen sympathisieren, die ersten sind, welche uns entgegenkommen und uns im Kampfe für Besserung unserer Lage unterstützen werden, daß uns nicht, wie 1896, mit dem gerade nicht sauberen Mittel der schwarzen Liste entgegengebeitet wird.

**Das Agit.-Komitee f. Rheinland und Westfalen.**  
**Weihen.** Die im Restaurant „Kronprinz“ tagende öffentliche Versammlung der graph. Arb. und Arbeiterinnen wurde vom Kollegen Unger bei mächtigem Besuch eröffnet. Nach stattgehabener Wahl eines Bureau's erhielt Kollege Friedemann, Chemnitz, das Wort zu seinem Referat: Die wirtschaftliche und politische Seite der Arbeiterbewegung. Redner schilderte in eingehender Weise den Erlaß des Grafen Posadowsky, die Befreiung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter betr., welcher einen gemäßigten Widerspruch bei der deutschen Arbeiterschaft hervorgerufen hat. An dem Bestreben, das Recht des Arbeiters immer mehr zurückzubringen, nehme selbst der Landtag teil, bezüglich der westlichen sowie minderjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiterschaft wird sich schon bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu reorganisieren wissen. Redner schloß sodann in längerer Ausföhrung die Wirkung des industriellen Aufschwungs seit 1870/71, wobei die Unternehmer großartige Erfolge erzielten, hingegen die Arbeiter sehr wenig davon gemerkt haben, ja im Gegenteil habe sich die Lage

des Arbeiters zum Teil noch verschlechtert. Im weiteren kam Referent auf die Verschmelzung der Organisation mit dem Senefelder-Bunde zu sprechen und führte aus, daß nur durch eine Verschmelzung beider Bünde das Gesamtinteresse und unsere Bestrebungen zu fördern seien. Bezüglich der Gewerkschaftsbewegung äußerte sich Kollege Friedemann dahin, daß wenn die englischen Gewerkschaften die erste Stelle unter den andern allen einnehmen so ist dies hauptsächlich dem Umstände zuzuschreiben, daß derselben von der herrschenden Klasse mehr Bewegungsfreiheit gewährt wird, als den deutschen Gewerkschaften. Hat doch selbst ein englischer Minister die gesamte Organisation der Arbeiterschaft für gut gehalten, wohnwegen unsere deutschen Minister den Arbeitern ihr gutes Recht zu beschneiden versuchen. Redner legte den Kollegen gleichzeitig ans Herz für die Arbeitsscheinenunterstützung einzutreten und zu stimmen. Zum Schluß ermahnte derselbe die Kollegen, eifrig für die Organisation zu wirken und dieselbe nach Kräften fördern zu suchen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum internationalen Kongreß zu Bern“, wurde von verschiedenen Kollegen gewünscht, den Kollegen Friedemann-Chemnitz als Delegierten für den Kongreß in Vorschlag zu bringen, desgleichen denselben als Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung zu entsenden. Inzwischen ging folgende Resolution ein, wodurch Punkt 2 und 3 der Tagesordnung ihre Erledigung fanden.

„Die im Restaurant Kronprinz tagende öffentliche Versammlung graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen erwidert in dem zu stunde gekommenen Agitations-Komitee eine wirksame Vertretung unserer Interessen. Inbezug auf die Beschlüsse des 2. intern. Kongresses, sowie der diesjährigen Generalversammlung, schlägt die Versammlung für Mitteldeutschland vor und wünscht, daß die Kollegen Sachens hierzu Stellung nehmen, um selbstigen in der Delegiertenwahl durchzubringen.“ Die Resolution fand einstimmig Annahme. — Zu Punkt 4 „Diskussion“ entspann sich eine rege Debatte. Es kamen da noch verschiedene Uebelstände am Orte, sowie persönliche Reibereien der Kollegen unter sich zur Aussprache, welche aber im Laufe der Diskussion richtig gestellt wurden. Für seinen lehrreichen und jeden Kollegen befriedigenden Vortrag stattete die Versammlung dem Referenten, Kolll. Friedemann, ihren Dank durch Erheben von den Plätzen ab. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Nürnberg.** Am Sonntag, den 13. März, tagte hier selbst eine allgemeine Versammlung der Nürnberger Kollegenschaft, um zur Beschlusse des internationalen Kongresses in Bern Stellung zu nehmen. Nur wenige Kollegen leisteten der ergangenen Einladung Folge. Kollege Voss, als Einberufer, eröffnete die Versammlung und erteilte nach vorausgegangener Bureauwahl dem Referenten, Kollegen Werthner, das Wort. Derselbe führte in kurzen Zügen den Anwenden die Notwendigkeit vor Augen, immer mehr und mehr für eine geschlossene Organisation zu sorgen. Gegenüber dem sich immer mehr vollziehenden Zusammenflusse des Kapitals in den Arbeitgeberverbänden, welcher in dieser Beziehung zum Nachteilern anporieren sollte, herrscht immer noch ein so großer Indifferenzismus unter den Kollegen. Was 1872 schon die Kollegen Nürnberg's veranlaßte, sich zu organisieren, das müßte Jedem auch heute noch aneignern der Organisation beizutreten, in ihr zu wirken, für Erhaltung beider Lohn- und Arbeitsbedingungen. Erschwert werde leider den Organisationen das Wirken auf gemeinschaftlichem Gebiete. Ohne sich um Politik zu kümmern, nur die wirtschaftlichen Interessen wachend, sind sie fähig allen Gefahren der Behörden ausgeliefert. Wie ungleich die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften nach dieser Seite ist, beweist uns jeder Streif, da wir ständig der Schuß nur dem wirtschaftlich härteren Teile den Arbeitgeber zu teil. Wesen sich die Arbeiterschaft von dieser Seite noch zu verhalten hat, beweist der vor kurzem bekannt gewordene Erlaß Posadowsky's. Wie in den Kreisen der Kollegenschaft selbst der Gedante von der lokalen Organisation zur Zentralisation führte, so war dies auch für die Gewerkschaften der Fall. Die eingetragene Generalkommission sowie die Gewerkschaftskongresse in Halberstadt und Berlin befruchteten das Gewerkschaftsleben allgemein. In der Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital gibt es keine nationale Grenzen, es dürfen deshalb auch für den Widerstand solche nicht mehr vorhanden sein. Die sprachliche Verschiedenheit des Völkerverkehrs wurde überunden, die internationale Verständigung begonnen. Den anderen Berufs folgend, kamen auch Vertreter unserer Branche 1896 in London zusammen. Dieser Kongreß zeigte erst so recht, wie weit noch die geistlichen Bestimmung jeder Beschäftigung der Koalitionsfreiheit h obernd im Wege sind. Ganz verkehrt wäre es, wenn die internationale Verständigung durch den Londoner Kongreß als unmöglich bewiesen erschiene. Derselbe konnte praktisch nicht die zum Teil hoch gespannten Hoffnungen erfüllen, vielmehr nur die Vorarbeiten erledigen. Daß nunmehr die Sache selbst schon ein anderes Gesicht bekommen, hätte der in Nr. 50 der „Gr. Pr.“ erhaltene verheißene Berner Entwurf gezeigt. Von diesen kurz angeführten Gesichtspunkten aus sei nunmehr die Frage zu prüfen, ob die

Nürnberg's Kollegenschaft es angebracht halte, die internationale Verständigung ausbauen zu helfen zum Nutzen und Wohle der Jünger Senefelders allerwärts. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich alle Redner dahingehend aus, daß die Beschlusse des Kongresses selbst zu gelassen habe. Alle geben dem Gedanken Ausdruck, daß dem internationalen wirkenden Kapital auch ein nationaler Widerstand entgegen zu setzen sei. Die Sprachverschiedenheit ist wohl hinderlich, doch in keiner Hinsicht ein Grund, um den internationalen Solidarität abzuschließen. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde einstimmig die Teilnahme am Kongreß beschlossen. Sodann folgte eine anregende Debatte darüber, in welchen Zeiträumen die Abhaltung solcher Kongresse wünschenswert erscheinen, sowie über die Delegiertenanfrage. Allgemein war man der Ansicht, daß, abgesehen vom diesjährigen Kongreß, die späteren selbst nur alle drei Jahre stattfinden brauchten. Die immer besser werdende Verständigung der Vertrauensleute, das zu gründende internationale Sekretariat, die hohen Kosten, alles dies waren Gründe dafür, daß ein Antrag Annahme fand, es den deutschen Kollegen zur Würdigung zu unterbreiten, nur alle drei Jahre einen solchen internationalen Kongreß zu beschließen. Zur Delegiertenfrage kam die Resolution Hannover mit zur Besprechung. Der Antrag, wiederum 3 Delegierte zu entsenden, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Der Ansicht, daß es wohl das Einfachste wäre, die Delegierten von 1896 wieder zu entsenden, trat eine andere entgegen, daß dies wohl praktisch erweise, doch eberio gut wäre es, einen Vorschlag mit zu delegieren. Als erfreulich ist es konstatiert zu sehen, daß es allen Rednern nur darum zu thun war, durch Kollegen vertreten zu werden, welche, auf dem Arbeiterprogramm stehend, auch im Stande sind, die Fernbestellen international vertreten zu können. Wenn nicht aus tatsächlichen Gründen ein Vorschlag zu empfehlen wäre, so ist es ganz gleich, welchem Beruf die Delegierten angehören. Da einen Vorschlag zu machen den Kollegen Nürnberg's nur für Süddeutschland zafam, wurde als solcher Kollege Hans Werthner einstimmig gewählt und dessen Kandidatur den andern deutschen Kollegen vorgeschlagen und empfohlen. Für Norddeutschland wurde die empfohlene Kandidatur des Kollegen Schöps anerkannt. Für Mitteldeutschland wurde es für besser gehalten, es den betreffenden Landesstellen selbst zu überlassen, einen Kandidaten zu empfehlen, da dafelbst, wie es den Anschein hat, ein Vorschlag als Delegierter gewünscht wird. Mit dem Wunsche, daß der II. internationale Kongreß nur zum Besten der Kollegenschaften arbeiten möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Briefkasten der Redaktion.**

- E. M., Darmen. 30.
  - G. A., Mannheim. Ist bereits in Nr. 9 abgedruckt.
  - A. F., Würzburg. Für diese Nummer zu spät.
  - G. S., Dessau. Bei aufmerksamem Durchlesen der Nr. 10 werden Sie die fragliche Korrespondenz finden. 30 Exemplare sind Ihnen extra zugesandt worden.
  - F. H., Bern. Mt. 1,50 erhalten.
- Fragekasten ist in nächster Nummer.

**Anzeigen.**

**Lüdtgter**  
**Pithograph für Chromo u. Merkantill**  
 findet dauernde und gut bezahlte Stelle bei  
**F. Eilers, Bielefeld.**

**Gesucht werden n. Ausland 1 Casseler u. 1 Garmischer**  
 für Buchstabenfabrikation. Gehalt pro Woche 20 Rubel nebst freier Reise und Wohnung.  
 Zentral-Arbeitsnachweis für Drucker und Formsetzer  
**G. Westphal, Berlin N., Weperstraße 24.**

**Tüchtige Chromolithographen**  
 für sämtliche Federarbeiten finden sofort oder später angenehme, dauernde und gutbezahlte Stellung. Feiertage werden bezahlt. Muster mit Gehaltsanprüchen erbittet  
**Carl Schwesig, Hamburg, Böckmannstr. 13.**

**Chromo-Lithographen**  
 für **Antiqua-Postkarten** werden bei gutbezogener Stellung gesucht. Feiertage werden bezahlt.  
**S. Meyer's Buchdruckerei und lith. Kunstanstalt, Salbstdadt a. Harz.**

**Öffentliche Versammlung**  
 der Lithographen, Steinbruder u. verw. Berufsgeg. Leipzig's **Dienstags**, den 29. März, abends 8 Uhr, im Saale der „Flora“, Windmühlenstraße.  
 T.-D.: 1. Zentral- und Lokalorganisation; 2. Di. Generalversammlung in Frankfurt a. M.; 3. Vorschlag; 4. Delegierten; 4. Internationaler Kongreß in Bern; 5. Bezahlung der gesetzlichen Feiertage; 6. Bericht über die Urabstimmung; 7. Das Gewerkschaftsstatut, event. Wahl von Delegierten.  
 Das Erscheinen aller ist dringend notwendig. D. W. N. B. Chahrettag: **Herren-Ausflug**, Abreise i. Gr. Pr.

**Der Arbeitsnachweis**  
 der Lithographen, Steinbruder und Berufsgegossen  
**Berlins**  
 befindet sich Neue Friedrichstraße 86 L., Telephonamt 5 Nr. 1564. Geöffnet von 8-1 vormittags und 3-6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.